

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Außenministerin Annalena Baerbock am 28. August 2023

Organisation

FIAN Deutschland und andere zivilgesellschaftliche Organisationen (in Zusammenarbeit mit Stiftung Asienhaus)

Länderthema:

Kambodscha

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Die Menschenrechtssituation in Kambodscha verschlechtert sich seit einer Dekade kontinuierlich. Die Demokratie des Landes ist am Boden: 2017 wurde die Oppositionspartei CNRP verboten, ihre Unterstützer*innen seither verfolgt. Die Schikanen setzen sich derweilen auch gegen ihre Nachfolgepartei Candlelight Party und deren Politiker*innen fort. Zivilgesellschaftliche Freiräume sind so weit geschrumpft, dass lokale Menschenrechtsorganisationen mittlerweile von ‚closing spaces‘ sprechen. Bedeutende unabhängige Medien wurden eingestellt, freie Meinungsäußerung wird systematisch unterdrückt, die kritische Zivilgesellschaft ist nahezu ausgeschaltet.

Politische Lage und Parlamentswahlen 2023

Im Juli 2023 fanden Parlamentswahlen statt, eine Farce, denn es gab keine wirkliche Alternative zur Regierungspartei CPP, die somit fast alle Sitze im Parlament gewinnen konnte. Kambodscha ist und bleibt damit de facto ein Einparteienstaat. Am 22. August wird Hun Manet, der Sohn des amtierenden Premierministers Hun Sen, zum neuen Premier ernannt werden. Hun Sen, der seit 1985 im Amt ist, verbleibt Generalsekretär der CPP und hat angekündigt, im Februar 2024 die Rolle des Senatspräsidenten einzunehmen. Er wird auch weiterhin eine einflussreiche politische Figur bleiben.

Vor den Wahlen hatte Hun Sen, ähnlich wie 2018, vorgesorgt und kritische Stimmen ausgeschaltet bzw. bedroht. Die Menschenrechtsorganisationen LICADHO und CENTRAL wurden im Januar 2023 von Polizei und Justiz wegen ihrer kritischen Öffentlichkeitsarbeit bedroht und zur Selbstzensur gezwungen. Im Februar wurde die Lizenz des unabhängigen Nachrichtenportals Voice of Democracy (VoD) entzogen. Der siebzigjährige Oppositionsführer Kem Sokha wurde im März nach dreijährigem Prozess zu 27 Jahren Haft (derzeit in Hausarrest) verurteilt. Und Mitte Mai wurde die einzige ernsthafte Oppositionspartei Candlelight Party unter vorgeschobenen fadenscheinigen Gründen von den diesjährigen Parlamentswahlen ausgeschlossen. Zahlreiche inhaftierte Aktivist*innen und Oppositionelle wurden in den letzten Monaten freigelassen, nachdem sie sich öffentlich für ihre „Verfehlungen“ entschuldigten und der CPP beitraten. Eine Ende Juni verabschiedete Änderung des Wahlgesetzes verbietet allen, die bei den Parlamentswahlen im Juli nicht wählten, bei künftigen Wahlen zu kandidieren. Damit sollte ein Wahlboykott der Opposition verhindert werden. Am 12. Juli ordnete die Regierung an, den Zugang zu den Webseiten von Radio Free Asia, Cambodia Daily und Kamnotra im Land zu blockieren. Am Wahltag selbst wurden mindestens fünf Personen verhaftet, zumeist wegen Ungültigmachen von Wahlzetteln. Die Rhetorik der Regierung deutet auf eine baldige Auflösung der Candlelight Partei hin. Sollte dies geschehen, würde die Partei ihre 2.198 Sitze in den Gemeinderäten verlieren und könnte nicht an den Senatswahlen im Februar 2024 teilnehmen.

Rechtsstaatlichkeit

Seit 2015 wurden zahlreiche restriktive Gesetze und Richtlinien verabschiedet, darunter ein Gewerkschafts- und NRO-Gesetz (LANGO), das deren Arbeit seither einschränkt. Weitere neue Gesetze, wie das Notstandsgesetz von 2020, enthalten so genannte ‚Gummiparagrafen‘, d.h. vage Formulierungen, die weitreichend gedeutet und missbraucht werden können. Kambodschas Justiz ist nicht unabhängig, wie zahlreiche politisch motivierte Urteile aufgrund von z.B. „Verleumdung“ oder „Anstiftung zu einer Straftat“ gegenüber Oppositionellen und Aktivist*innen zeigen.

‚Closing Spaces‘ und Angriffe auf Zivilgesellschaft

NROs und Menschenrechtsverteidiger*innen sind kontinuierlich Einschüchterungen sowie gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt; manche werden mit fabrizierten Anklagen kriminalisiert und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Friedlichen Demonstrationen und Versammlungen wird oft mit Polizeigewalt begegnet. Kritische Gewerkschaften sind unter Druck. In Folge des im Dezember 2021 gestarteten und mehrere Monate andauernden Streikes der Arbeiter*innen des NagaWorld-

Kasinos sowie von LRSU-Gewerkschafter*innen wurden die Gewerkschaftspräsidentin Chhim Sithar zu zwei Jahren Haft und acht weitere Personen verurteilt, fünf davon zu 1,5 Jahren Haft. Während der Streiks gab es Polizeigewalt und sexuelle Übergriffe von Sicherheitskräften gegenüber streikenden Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen.

Landnahmen

Landesweit sind weiterhin zahlreiche Landkonflikte ungelöst. Vertriebene Gemeinschaften, viele davon in Folge der Vergabe von großflächigen Konzessionen an Zuckerrohr- und Kautschukplantagen, kämpfen weiter für ihre Landrechte und Wiedergutmachung. Ende Juni wurden zehn Landrechtsaktivist*innen in Koh Kong von der Polizei festgenommen und wegen Aufwiegelung angeklagt, als sie versuchten nach Phnom Penh zu reisen, um eine Petition an das Justizministerium zu überbringen. Neun befinden sich seither in Untersuchungshaft. Es gibt ferner Landnahmen durch neue Konzessionen an CPP-nahe Akteure, im ländlichen und urbanen Raum. Besonders um die Hauptstadt führen große Infrastrukturprojekte, z.B. die Errichtung eines neuen Flughafens, und die massive Aufschüttung von Feuchtgebieten für Bauvorhaben wie am Boeung Tamok-See, zu neuen Zwangsräumungen und Vertreibungen, oft unterstützt durch Sicherheitskräfte. Dabei kommt es zu exzessiver Gewalt und willkürlichen Verhaftungen. Mindestens 27 Landrechtsaktivist*innen sitzen derzeit im Gefängnis; Dutzende sind angeklagt. Auch im Gebiet um das Weltkulturerbe Angkor Wat sind mehr als 4.000 Familien von einem Landkonflikt und Umsiedlung aus dem Angkor Archaeological Park betroffen; die mit der GIZ zusammenarbeitende Behörde APSARA spielt dabei eine zentrale Rolle.

Pressefreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung

Die Pressefreiheit ist massiv eingeschränkt. Journalist*innen stehen unter Druck, werden belästigt und sind gar Gewalt ausgesetzt, insbesondere bei der Berichterstattung zu Landkonflikten, zu Entwicklungsprojekten, bei denen Eliten beteiligt sind, oder bei Regierungskritik. Drei Journalisten sind inhaftiert. Es gibt keine größeren unabhängigen Medien mehr, die Furcht vor Repressionen führt bei vielen Medienschaffenden zu einer Selbstzensur. Die Folge ist, dass auch Bürger*innen kaum noch Zugang zu unabhängiger und kritischer Berichterstattung in kambodschanischer Sprache haben. Auch regierungskritische Äußerungen von Bürger*innen, z.B. im Internet, werden strafrechtlich verfolgt.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

Angesichts der Entwicklung zu einem autokratischen System und der sehr schlechten Menschenrechtslage erwarten wir ein stärkeres Engagement und mehr Unterstützung des Auswärtigen Amtes und der Botschaft in Phnom Penh entsprechend der EU-Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und den Anliegen der deutschen feministischen Außenpolitik. Wir empfehlen der Bundesregierung:

1. die koordinierte Nutzung von politischen Druckmitteln, um Demokratie und Menschenrechte in Kambodscha zu stärken, einschließlich der möglichen weiteren Aussetzung des „Alles-außer-Waffen“-Status von Kambodscha sowie gezielte Maßnahmen im Rahmen des globalen Sanktionsregimes der EU, wie dies die EP-Resolution vom 16. März 2023 ((2023/2589(RSP)) fordert;
2. die Leitlinien feministischer Außenpolitik umzusetzen und Menschenrechte entschieden zu verteidigen: Schikanen, Repressionen und politisch motivierte Verhaftungen sowie Anklagen von Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschafter*innen, (Umwelt-)Aktivist*innen, Journalist*innen und Oppositionsanhänger*innen gegenüber der kambodschanischen Regierung deutlich und öffentlich zu verurteilen und deren Freilassung bzw. Fallenlassen von willkürlichen Anklagen sowie die Wiederherstellung von zivilgesellschaftlichen und politischen Freiräumen zu fordern;
3. sicherzustellen, dass die deutsche Botschaft inhaftierte Menschenrechtsverteidiger*innen und deren Familien regelmäßig besucht, Gerichtsverhandlungen beiwohnt und unbürokratische Unterstützungs- /Schutzmaßnahmen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen bereitstellt, z.B. die rasche Ausstellung von Visa für temporäre Schutzaufenthalte in Deutschland;
4. die kambodschanische Regierung aufzufordern, dem Cambodian Center for Independent Media (CCIM) seine Medienlizenz zurückzugeben und den Betrieb von Voice of Democracy wieder zu ermöglichen;
5. sich gegenüber der kambodschanischen Regierung dafür einzusetzen, dass bestehende restriktive Gesetze, wie z.B. das Vereins- und Nichtregierungsorganisationen-Gesetz (LANGO) und das Notstands- oder Gewerkschaftsgesetz, aufgehoben werden.